

## **Stellungnahme der Fraktion GRÜNE im KT LDS zum Haushaltsplan 2023/2024**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Erörterung eines Haushaltes sahen wir uns bereits mit einer Erschütterung des weltwirtschaftlichen Systems durch die Folgen der Corona-Pandemie und mit den daraus folgenden Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und im Landkreis konfrontiert. Die Krisensituation hat sich, wie uns allen nur allzu bewusst, zu einer dreifachen Krise verschärft. Obwohl die Corona-Krise deutlich abgeschwächt ist, ist sie noch soweit präsent, dass von ihr weiterhin Kosten und Belastungen ausgehen. Dazu tritt mit dem verbrecherischen Überfall Russlands auf die Ukraine die Katastrophe eines Krieges in Europa, der zentrale Handels- und Versorgungsstrukturen zerstört hat und damit die Wirtschaft mit schwer kalkulierbaren Mehrkosten belastet, mit entsprechenden Unsicherheiten über die prognostizierbare wirtschaftliche Entwicklung in Europa, Deutschland und im Landkreis. Hinzu kommen zusätzliche, nicht kalkulierbare Belastungen durch Flüchtlingsströme, die in Folge der russischen Kriegsführung mit Zerstörung der vitalen ukrainischen Versorgungsstrukturen unter den Bedingungen des Winters absehbar zunehmen werden und bei denen wir humanitär in der Pflicht stehen. Zugleich nehmen, drittens, für alle erkennbar, die Anzeichen und Auswirkungen des Klimawandels immer mehr zu, die uns zwingen, im Interesse der nächsten Generation(en) auch auf diesem Feld aktiver zu handeln und zu investieren. Dass unter diesen vielfältigen Belastungen die Preise sich inflationär entwickeln, ist ableitbare Konsequenz, aber ein weiteres Planungserschwernis.

### **1. Zur Höhe der Kreisumlage**

Erfreulicherweise hat sich die Wirtschaft bisher resilienter als möglicherweise zu erwarten erwiesen, so dass hier ein einigermaßen sicheres Planungsfundament besteht. Dennoch sehen wir ein Dilemma: Auf den Kreis kommen erkennbar Mehrausgaben zu: Oberschulplatz- und Kitaplatzbedarf (s.u.), Flüchtlingsversorgung, Intensivierung der Klimaschutzmaßnahmen (s.u.) bei unsicherer Einnahmelage und einem sehr knapp geplanten Finanzfundament mit 34 % Kreisumlage 2023.

Abgesehen davon, dass deren deutliche Erhöhung danach ansteht, stellt sich für die Fraktion die Frage, ob nicht die von uns bereits in dem Jahr zuvor kritisierte Herabsetzung auf 34 % letztlich zielführend ist oder ob dadurch die in der Folge nötigen Erhöhungen in ihrer dann nötigen Höhe mehr Schaden anrichten, durch den massiven Sprung nach oben. Unter diesen Voraussetzungen wäre eine moderate Erhöhung um mindestens 0,5 % (ggf. bis zu 1 %) haushalterisch sinnvoll. Wir anerkennen aber die Problemlage, dass bereits die Mehrzahl der gemeindlichen Haushalte mit 34 % geplant hat, so dass dieser Weg zu Verwerfungen und

Konflikten führen würde. Die unter Punkt 4 umrissenen Forderungen an der Kreis werden aber zu deutlichem Mehrbedarf führen (der allerdings durch lange Vorläufe nicht sofort wirksam wird), wir schlagen daher vor, eine differenzierte Kreisumlage in Erwägung zu ziehen für die Gemeinden, die den Landkreis für Oberschul- und Kitaplätze in direkte Verantwortung ziehen wollen. Parameter können die Kita- und Oberschulplatznutzer sein oder die Einwohnerzahlen der Gemeinden, das ist entsprechend auszuhandeln (s.u.)

## **2. Investitionen in die Klimastrategie des Kreises**

Es soll hier nicht der von uns vorgeschlagenen Evaluation des Kreisentwicklungskonzeptes vorgegriffen werden, aber der Umweltbericht des Kreises hat nur zu deutlich gemacht, dass der Kreis bisher den objektiven Notwendigkeiten bei klimarettenden Maßnahmen in seiner eigenen Verantwortung nicht hinreichend nachgekommen ist; das gilt für den betrachteten Gebäudesektor (hier war das Bild in Ansätzen positiv bei allerdings zu wenig erfassten Gebäuden), das gilt vor allem aber für den Fahrzeugpark (fast ein Totalausfall), weitere Bereiche sind erst noch zu definieren und die Bedarfe zu ermitteln. Wir sehen nicht, dass in dieser Richtung hinreichend Mittel vorgehalten werden.

2.1. Wir bestreiten nicht die aktiven Bemühungen des Kreise um Klimaschutzmaßnahmen, wir sind aber der Meinung, dass die sich deutlich beschleunigende Entwicklung der globalen Erwärmung auch uns vor Ort zu schnellerem Handeln veranlassen sollte. Im Haushalt sollte also ein „Dispositionsfonds“ – das ist anders, entsprechend darzustellen! - eingeplant werden für die geeignete Maßnahmenpakete, die sich aus der Evaluation des Kreisentwicklungskonzeptes und aus der aktuellen Energiebedarfs(kosten)lage ergeben.

2.2. Der Kreis muss beispielhaft bei der energetischen Optimierung seiner Gebäude vorangehen, dazu sind Mittel vorzusehen.

2.3. Der Kreis muss beispielhaft bei der energetischen Optimierung seiner Fahrzeugflotte vorangehen, dazu sind Mittel vorzusehen.

## **3. Verkehrsinfrastruktur**

Die oben angesprochenen Klima-Problemlagen machen deutlich, dass ein ‚weiter so‘ unter klimaschützerischen Gesichtspunkten nicht möglich ist, dass aber die haushalterischen Möglichkeiten des Kreises an deutliche Grenzen stoßen. Es gilt also, neu im Sinne des finanziellen Ermöglichens unter den gegebenen Prämissen zu denken.

3.1. Aktuell dominiert weiterhin der Individualverkehr mit seinen Kosten für die Umwelt und den Straßenerhalt. Wir anerkennen, dass einerseits die ÖPNV-Strukturen für viele noch immer eine Umorientierung erschweren, wir anerkennen

außerdem die bedeutenden Anstrengungen des Landkreises, den ÖPNV in der Fläche funktionaler und erreichbarer zu machen (Plus-Bus, Ruf-Bus) und wir sehen die damit verbundenen Kosten für den Haushalt.

Das aktuelle Anwachsen der Benzinkosten ist eine deutliche Belastung für die Menschen, aber zugleich auch Chance einer Umsteuerung hin zu mehr ÖPNV-Nutzung. Das geplante 49-€-Ticket ist gleichermaßen finanzielle Belastung, aber auch Chance, zu besseren Auslastungen beim kreislichen ÖPNV zu gelangen (wobei dazu die Bahnverknüpfungen nochmals dringend als Vorrang-Destinationen optimiert werden müssen). Wir meinen, dass die unbestreitbaren, aber letztlich nötigen Belastungen aus dem 49-€-Ticket aktuell einzupreisen sind (nach dem aktuellen Bund-Länder-Kompromiss steht zu hoffen, dass die Kosten vom Land vollständig übernommen werden, was abzuwarten sein wird).

Die im Landkreis angebotene Rufbusoption wird von der Bevölkerung so gut angenommen, dass die Busse, nach örtlichen Erfahrungen, teilweise schon eine Woche vor Termin ausgebucht sind. Um das Rufbusangebot als wirkliche Alternative zum Individualverkehr anbieten zu können, sollte daher überlegt werden, wieweit zu bestimmten Zeiten mehr Busse zur Verfügung gestellt werden müssen, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Auch eine Erweiterung auf andere Regionen ist planerisch - und damit auch bezüglich eingestellter Mittel - ins Auge zu fassen.

3.2. Erfreulicherweise ist inzwischen der Konsens über die Bedeutung des örtlich-regionalen Radverkehrs als Teil der notwendigen Verkehrswende zum Klimaschutz gewachsen, dies bildet sich aktuell aber nicht hinreichend im Haushaltsansatz ab. Es ist daran zu erinnern, dass unser Landkreis trotz jüngster verstärkter Anstrengungen immer noch deutlich hinter den Angeboten vieler anderer, weniger wohlhabender Landkreise zurückliegt. Wir möchten das nachfolgend mit Zahlen untersetzen:

3.2.1. Es gibt in LDS einen *nachholenden* Bedarf beim Bau von Radwegen: In LDS gibt es erst an 3 km der insgesamt 229 km Kreisstraßen einen Radweg. Das sind 1,31 %.

Zum Vergleich: Im Landesdurchschnitt gibt es an 8,66 % der Kreisstraßen einen Radweg – an 257 km von 2965 km. LOS strebt im Moment an, Radwege an 100 % der Kreisstraßen zu bauen (Dabei ist zu berücksichtigen, dass im ländlichen Bereich der Radverkehr meistens im Mischverkehr geführt werden kann, während im verdichteten Metropolraum mit der viel höheren Verkehrsdichte (auch an Schwerlastverkehr) schon aus Verkehrssicherheitsgründen eine baulich getrennte Verkehrsführung des Radverkehrs dringend geboten ist).

3.2.2. Aktuell sehen wir dringenden Bedarf eines Radweges zur Schulwegsicherung zwischen Teurow und Halbe entlang der Kreisstraße (für Schulwege gilt - abweichend von der RVK LDS 2030 bzgl. Geschwindigkeit und Fahrzeugfrequenz: Kein Mischverkehr bei Verkehr über 50 km). Zu weiteren Details verweisen wir auf die Ausführungen der Bürgerinitiative Teurow und zu einschlägigen wissenschaftlichen Studien, die Schülerradverkehr und Schulbusverkehr

vergleichend untersucht haben. Das Amt Schenkenländchen hat die Maßnahme für das RVK angemeldet. Zugleich ist der Straßenabschnitt laut HH-Plan für 2024 zur Erneuerung vorgesehen. Im Entwurf der Radverkehrsstrategie des Landes steht, dass bei Erneuerung von Kreisstraßen der Radwege(neu)bau mit zu prüfen ist.

3.2.3. Die von den Kommunen bis 15.9.2022 für 2023/24 an den Kreisstrukturfonds gestellten Anträge umfassen 4,8 Mio €. Davon sind 80 % förderfähig. Also 3,84 Mio €.

Für die 2 Jahre sind bis jetzt aber nur 2 Mio € eingeplant.

3.2.4. Für die Sanierung von Kreisstraßen sind im *Jahresmittel 2023-2024* 8.210.860,4 € vorgesehen, das ist das 11-fache (!) der Mittel für Radwege in der Baulast des Kreises. Dabei geht es bei den Kreisstraßen nur um Instandhaltung (s. 3.3).

3.2.5. Wir verweisen auf das KEK Dez. 2020, Entwicklungsziel 12: Aufgabe: Fahrradinfrastruktur in der Fläche ausbauen, Sicherheit im Verkehr verbessern. Im 2. Entwurf des Endberichts „Kreisentwicklungskonzept des LDS 2030“ vom März 2020 hieß es: Der LDS bietet eine überdurchschnittliche Straßennetzdichte für überörtlichen Verkehr. Als Handlungsbedarfe wurde definiert: Attraktive Angebote zur Reduzierung des MIV schaffen: integrierte Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur schaffen ... für sichere Wegeführungen.

Damit der Landkreis Dahme-Spreewald dazu seinen Anteil leistet, muss mehr dafür investiert werden. Die im RVK LDS 2030 genannten Nettopreise für den Bau eines Radweges sind überholt. Stand jetzt müsste man 500.000 € für den Bau von 1 Km Radweg veranschlagen, ohne Grunderwerb und ohne Nebenkosten. Das muss man ins Verhältnis setzen zu den im aktuellen HH-Entwurf angesetzten Mitteln für Radverkehr.

3.3. Wenn die Angebote bei Fahrradverkehr und ÖPNV verbessert werden, müssen diese Zusatzkosten kompensiert werden. In Anbetracht der Zielsetzung des KEK zur Verringerung des Individualverkehrs mit PKW und der Förderung von Fahrradverkehr und ÖPNV ist zu prüfen, ob die umfänglichen, regelmäßigen Instandhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen eine Streckung bzw. Modifikation erfahren können; es ist zudem zu prüfen, ob die verwendeten Parameter zum Unterhaltsstandard und -rhythmus nicht überarbeitet werden müssen in Richtung auf weniger Kostenerzeugung und ob die so generierbaren Mittel in die Bereiche ÖPNV und Fahrradindividualverkehr fließen können.

#### **4. Wachstum und Bildungsinfrastruktur**

Der Kreis ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch von der Bevölkerungszahl her eine Wachstumsregion. Er muss die aus diesem Vorteil sich ergebenden Folgen aktiv mitgestalten (was er in vielfacher Funktion und über die verschiedensten

Gremien und Organisationen auch tut!), er muss offenbar aber auch noch stärker Verantwortung übernehmen bzw. betroffene Gemeinden bei der Bewältigung ihrer „Wachstumsschmerzen“ wo möglich unterstützen.

4.1. Dass mit Zuzug Bedarf an vielfältigster Infrastruktur entsteht, ist zwar Binsenweisheit, fällt aber in der Problemlösung den Wachstumsgemeinden in der Regel schwer. Wenn Gemeinden dabei deutlich nicht vorankommen, sehen wir den Kreis in der Pflicht, insbesondere wo er qua Gesetz auch Eingriffsmöglichkeiten bzw. -pflichten hat. Das gilt bei der Kita-Frage, das gilt mit deutlicher haushalterischer Konsequenz in der Oberschulfrage. Der Streit, wer Träger von Oberschulen sein soll (abgesehen von der gesetzlichen Vorgabe), kann nicht auf dem Rücken der Kinder und Eltern ausgetragen werden, sondern muss aktiv und zügig vom Kreis einer Lösung zugeführt werden (siehe der aktuelle Beschlussantrag der GRÜNEN//Linken). Entsprechend ist dies in der Haushaltsplanung abzubilden und muss über Einsparung oder die Kreisumlage finanzierbar gemacht werden.

4.2. Wie oben bereits ausgeführt, hat die Mehrzahl der Gemeinden ihre Haushalte mit der vom Kreis durchgestellten Kennzahl 34 % geplant. Eine Änderung ist für den gesamten Kreis schwer vermittelbar. Da sowohl Kitaplatz- als auch Oberschulplatzbedarfsprobleme solche der Speckgürtel-Wachstumsgemeinden sind, ist auch von hier die Kostendeckung sicherzustellen, da diese Gemeinden ja durch Zuzug und Neuansiedlung jeweils auch die Steuerprofiteure der Entwicklung sind. Ob rechtzeitig dort Rücklagen für die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen hätten gebildet werden können oder nicht, soll hier nicht diskutiert werden. Fakt ist, dass die Gemeinden, abweichend von der bisherigen auch zulässigen Praxis den Landkreis nun direkt gemäß gesetzlicher Vorgabe in die Pflicht für Kita- und Oberschule nehmen, was der Landkreis dann finanzieren muss. Dies geht nur über eine Erhöhung der Kreisumlage, allerdings sollte diese beschränkt werden auf die Verursacher und Nutznießer dieser Kosten. Wir schlagen daher das Modell einer entsprechend „differenzierten Kreisumlage“ vor. Die Parameter der Umlage sind zwischen dem Landkreis und den nutznießenden Gemeinden zu erarbeiten. Wir hoffen, dass so auch die geforderte Transparenz bezüglich der Kreisumlage entsteht, die - dem Vernehmen nach - ja Ursache der Klagen gegen die Kreisumlage war.

## **5. Kultur- und Bildungsarbeit im Landkreis**

Der Landkreis engagiert sich vielfältig und verstärkt für Kultur- und Bildungsarbeit jenseits des schulischen Rahmens. Wir halten diese für einen bedeutenden Bereich der Daseinsvorsorge über den Bereich der bloßen Subsistenz hinaus. Wir sehen die Kulturprojektförderung als zielführend und fruchtbringend und als wichtigen Teil der Förderung von Kulturschaffenden an.

Dass der Kreis als Erwerber von Kunst auftritt, ist nicht nur als Fördermaßnahme zu sehen, sondern auch als Teil der künstlerischen Akkulturation im Kreis und der kreislichen Identitätsbildung - dazu gehört dann aber auch die regelmäßige

Präsentation dieser Kunst. In Anbetracht der aktuellen Haushaltsnöte kann und soll hier nicht einem weiteren Kostenfaktor "Kreiskunsthalle" das Wort geredet werden. Zugleich muss aber durch ggf. Wanderausstellungen und wechselnde Präsentationen der Werke der Kreis den Nachweis über die Qualität und Sinnhaftigkeit seines Handelns erbringen.

Vorzüglich bewährt hat sich nach Anlaufschwierigkeiten die Unterstützung der Museen durch museumspädagogische Mitarbeiter, die angestrebte Bereicherung der Museumsarbeit wie auch die angestrebte Entlastung der Kernbelegschaft der Museen ist eingetreten.

Die Beteiligung des Kreises im Zusammenhang der großen, überregional ausstrahlenden Formate "Aquamediale" und "Spektrale" sehen wir für den überregionalen Auftritt des Kreises, zur Förderung der Region und der Künste als unverzichtbar.

Wir sehen die für Kulturarbeit zur Verfügung gestellten Mittel als notwendig und wichtig und sehen daher hier kein Kürzungspotential.

In dem Zusammenhang muss aber nochmals das Desaster um den Verkauf des Schlosses Lieberose thematisiert werden. Es ist nicht so, dass der klamme Haushalt jetzt den Verzicht auf das Schloss Lieberose glänzend bestätigt. Vielmehr hätte, bei einem Bekenntnis zum "Projekt Lieberose" unserer Einschätzung nach der Kreis die Chance gehabt, sowohl die Planungs- als auch die Sanierungskosten zu 90 % von der WRL gefördert zu bekommen und über die "Stark-Förderung" weitere Mittel zum Anlaufbetrieb zu generieren. Durch die (WRL-finanzierten) Planungen hätte sichergestellt werden können, dass ein tragfähiges Gesamtprojekt daraus entstanden wäre mit vielfältigen Synergieeffekten für die Region. Dazu fehlte Mut, kreatives Planen und zukunftsorientiertes Konzeptionieren (es standen Planer bereit, die aus der Ruinenlandschaft Beelitz ein funktionierendes Projekt entwickelt haben). Eine breite, ergebnisoffene Nutzungsdiskussion und Chancenauslotung hat nicht stattgefunden. Die Reduktion auf das Mantra "Kreis kann nicht Schlossherr sein" und auf die bloße INA-Nutzung verengte und verunmöglichte die Diskussion, ob und wie weit intelligente Komplexnutzungen nicht mittelfristig die Restinvestitionen (den Eigenanteil) in den Kreishaushalt hätten zurückbringen können - direkt und über Synergieeffekte. Die Bemühungen um die Neuaufstellung der vormaligen INA unter z.T. künftig schlechteren räumlichen Voraussetzungen sind nur ein Seitenaspekt dieser Entwicklung, die dazu geführt hat, dass die WFG jetzt ebenso mit WRL-Mittel Besucherzentrum und Hotellandschaft in der Dimension von rund 100 Mio. € plant. Wir kritisieren dabei nicht den Ansatz per se, aber das Schloss hätte in diesem Rahmen sinnvoll und für die Region gewinnbringend einbezogen werden können. Dass der Landkreis strukturell und kulturell von dem nunmehr beschrittenen Privatisierungsweg profitiert und das hoch bedeutende Kulturdenkmal hinreichende Pflege und Würdigung erfährt, ist bisher nicht belegbar. Die national bis international

etablierte Rohkunstbau-Ausstellung jedenfalls belebt nunmehr Alt-Döbern mit beträchtlichem Erfolg und Medienecho.